

11 **Erziehung** 2015 **und Wissenschaft**

www.gew-sachsenanhalt.net

1. November 2015

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt

EW

▣ **Aktuell:**

Bildung für Flüchtlinge
Protest gegen TTIP und CETA

▣ **Titelthema:**

Lehrkräftemangel

- Aktionen in Halle und Magdeburg
- Landeselternrat im Gespräch
- Personalentwicklung

▣ **Tarif + Recht:**

Ergebnisse der Tarifrunde SuE





Prof. Dr. Hans-Dieter Klein, verantwortlicher Redakteur der EuW

Kommentiert: Flüchtlingstragödie

Ob in der Frühstückspause, am Biertisch oder sogar beim Gespräch mit der netten Verkäuferin in der Modeabteilung eines Kaufhauses, das Thema „Aufnahme von Flüchtlingen“ ist in allen Lebensbereichen angekommen. Dabei bewegen die Menschen viele bewusst gestreute Gerüchte von offensichtlich fremdenfeindlichen und rechtsextremen Kreisen ebenso wie die vielen ganz realen Probleme, die aus der weltweiten Flüchtlingstragödie resultieren.

Am wenigsten wird allerdings über die Ursachen gesprochen, die in diese Tragödie geführt haben. Und: Wie immer in solchen Situationen wird man dann auch nicht die Verursacher, sondern die Völker zur Kasse bitten.

Das sieht man bereits jetzt, da „schwarze Nullen“ bei Bund und Ländern immer noch wichtiger scheinen, als effektive und unbürokratische Hilfe zu leisten. Das sieht man daran, dass sich leicht errechnen lässt, wie viel die Unterbringung und Verpflegung eines Flüchtlings, ob Erwachsener oder Jugendlicher, kostet, und wie wenig der Bund und die Länder den Kommunen überweisen. Das sieht man daran, dass den Kindern von Asylsuchenden zwar das Recht auf Bildung eingeräumt, aber weder ausreichend Geld für die materielle Ausstattung der Schulen und Kitas noch für geeignete Lehrmaterialien zur Verfügung gestellt wird. Noch komplizierter wird es mit genügend Lehrkräften, weil man nicht Willens ist, den realen Mangel anzuerkennen, und sich darüber hinaus nun die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre rächt, d.h. gar nicht mehr genügend zur Verfügung stehen.

Bis jetzt werden Notlagen bei der Flüchtlingshilfe vielfach durch ehrenamtliches Wirken engagierter Bürgerinnen und Bürger bewältigt. Mit Großherzigkeit und Elan, mit Spenden und persönlichem Einsatz bei der Betreuung sind sie gemeinsam mit den kommunalen Verantwortungsträgern dabei, tags wie nachts zu helfen. Es kommt aber immer öfter auch Resignation auf, wenn gesagt werden muss, dass wir mehr Lehrerinnen und Lehrer bräuchten, um neben dem Einsatz zum Erlernen der deutschen Sprache die anderen Schülerinnen und Schüler nicht in ihren Bildungsmöglichkeiten zu beschneiden oder gar die längst fällige Renovierung des Schulhauses, einschließlich kaum benutzbarer Toiletten, den finanziellen Engpässen der Kommunen zum Opfer fallen.

Wenn die Unfähigkeit und Uneinsichtigkeit der Regierungs- und Finanzpolitik dazu führt, dass Unfriede geschürt wird, dass der einheimische Schüler zum Asylbewerber sagt, „weil du gekommen bist, kann ich nicht mehr lernen“, dann hätte uns eine menschliche Krise erreicht, die vor allem den rechten Scharfmachern in die Hände spielt.

Wer heute an „schwarzen Nullen“ festhält, die Superreichen auch weiterhin nicht zur Kasse bittet und Steuerflucht in einer Dimension zulässt, die ausreichen würde, jährlich die Kosten der Unterbringung für die doppelte Zahl von Flüchtlingen, d.h. von zwei Millionen Menschen, zu erbringen, der schürt erneute Krisen, die sich immer mehr zu Tragödien entwickeln. Sie finden nicht zuletzt in rechten und rechtsradikal gesteuerten Demonstrationen Ausdruck. Was danach kommen kann, hat die Geschichte Deutschlands bewiesen.

Die Aufnahme von Flüchtlingen und ein solidarisches Leben des Miteinanders sind möglich und auch finanzierbar. Wie immer gilt, das Geld dazu muss dorthin, wo es ausgegeben werden muss, wo es den Menschen zugutekommt. Dazu gehören Kinderbetreuung, Bildung und Kultur ebenso wie eine menschliche Unterbringung und Betreuung.

Hans-Dieter Klein

Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Flüchtlingstragödie	2
Protest gegen TTIP und CETA: Magdeburger GEW-Mitglieder demonstrierten in Berlin	3
DGB zu Mehrausgaben für Flüchtlinge: Aussetzen der Schuldenbremse	3
Bildungsteilnahme für Flüchtlinge und Asylsuchende: GEW-Handlungsempfehlung „Bildung kann nicht warten!“	4
Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst: Langwierige Tarifaueinandersetzung beendet	6
Paritätische Tarifgemeinschaft: Fachtag zur Tarifenwicklung	6
Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst: Ergebnisse und weitreichende Auswirkungen	7
Streiklokal der GEW „Goldene Rose“: Brandanschlag vermutet	7

Titel-Thema: Lehrkräftemangel

Bildungspolitische Auseinandersetzungen spitzen sich zu: Lehrermangel führt zu Einschränkungen des Rechts auf Bildung	8
Pressekonferenz zur Lehrkräfteversorgung: Landeselternrat und GEW warnen vor Schule ohne Reserven	8
Aktionstag in Halle und Magdeburg: Breites Bündnis für Bildung	9
EuW-Gespräch mit Vertreter des Landeselternrates: Nach besten Kräften das Menschenmögliche auf den Weg bringen	11
GEW-Sachstandsbericht zu Schulen: Personalentwicklungskonzept (PEK) des Finanzministers führte in den akuten Mangel	12
Schuljahr 2015/16 im Vergleich zu 2014/15: GEW-Prognosen vollständig eingetreten	14
Streitpunkt Unterrichtsversorgung: Eine ganze Schülergeneration negativ betroffen	14

Info + Termine

Grund- und Förderschulen: Beschäftigten Rückhalt gegeben	15
Kinder- und Jugendliteratur-Tipp: Vögel auf dem Kopf	15
Nachschlag: Tanz auf dem Vulkan	16



Protest gegen TTIP und CETA:

Magdeburger GEW-Mitglieder demonstrierten in Berlin

(EuW) Am 10. Oktober setzten 250.000 Menschen mit der Großdemonstration „TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welt-handel!“ in Berlin ein kraftvolles Zeichen. Zu der Großdemonstration hatte ein breites Bündnis von mehr als 100 Organisationen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen, u.a. Gewerkschaften, Umwelt-, Entwicklungs- und Sozialpolitik, Demokratie-, Kultur-, Bürger- und Verbraucherrechte, aufgerufen. Der breite Protest auf der Straße wurde aufgrund der seit 2013 laufenden Verhandlungen der Europäischen Union mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) für ein jeweiliges Freihandelsabkommen notwendig.

Die laufenden Verhandlungen zeichneten sich von Beginn an durch einen großen Mangel an Transparenz für die Bürger und Bürgerinnen aus. In der Öffentlichkeit ist die Frage der Zulassung von verschiedenfarbigen Blinkern für Kraftfahrzeuge bekannt geworden. Damit kann man vielleicht noch leben, aber einige Schlagwörter wie „Chlor-Hühnchen“ und „Gen-Mais“ sollten einem zu denken geben. Verhandelt wird bis heute hinter verschlossenen Türen mit Konzernen und Wirtschaftslobbyisten in Brüssel. Die wenigen Informationen, die nach außen gedrungen sind, zeigen aber, dass gesellschaftliche Errungenschaften, wie z.B.

Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder im Umwelt- und Verbraucherschutz, angegriffen und abgebaut werden sollen. Bestätigung findet dies in der bisher mangelhaften Einbeziehung von Gewerkschaften und Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen in die Verhandlungen sowie in der fehlenden Offenlegung zum Stand der Verhandlungsergebnisse.

Für eine Gruppe Magdeburger GEW-Kolleginnen und -Kollegen war dies ein Grund, am 10. Oktober nach Berlin zu fahren und aktiv zu demonstrieren. Noch müde und an Temperaturen unter zehn Grad noch nicht gewöhnt starteten sie Richtung Berlin. Im Radio meldeten die Medien eine zu erwartende Teilnehmerzahl von 50.000 und versuchten die Großdemonstration klein zu reden; die Kolleginnen und Kollegen hofften aber, dass die Zahl 100.000 erreicht würde, um ein deutliches Zeichen an die Bundespolitik zu geben.

Berlin begrüßte mit Sonnenschein und sieben Grad, aber die Temperatur war schnell vergessen, denn bei der Ankunft in Berlin wurde schnell klar, es würden viele, viele Menschen kommen. Beeindruckend schon der Parkplatz, wo zum Schluss 100 Busse standen. Die anreisenden Teilnehmer mit der Bahn sorgten dafür, dass der Berliner Hauptbahnhof geschlossen werden musste, keine S-Bahn mehr hielt und

der Washingtonplatz vor dem Hauptbahnhofsgebäude, Ort der Auftaktkundgebung, zu einem Meer aus Menschen und Fahnen wurde. Pünktlich um 12.00 Uhr startete die Großdemonstration zur fünf Kilometer langen Demo-Route mit dem Ziel „Siegessäule“ auf der Straße des 17. Juni: 250.000 Menschen mit Plakaten, Spruchbändern, Fahnen, Musik, Aktionskunst und Megaphonen – ein unbeschreibliches Erlebnis. Als die Spitze der Demonstration am Ziel eintraf, warteten noch tausende Kundgebungsteilnehmer vor dem Hauptbahnhof, um loszugehen.

Die Straße des 17. Juni füllte sich bis zum Brandenburger Tor zu einem bunten stimmungsvollen Menschenmeer, das die Forderungen der Initiatoren nach Transparenz der Verhandlungen unterstützten und sich gegen den drohenden Abbau von Arbeitnehmer-, Sozial-, Verbraucher- und Umweltrechten lautstark artikulierten.

Wieder in Magdeburg angekommen war die Gruppe sich einig: ein toller Tag, eine tolle Stimmung, ein buntes, lautstarkes Zeichen für „Mehr Demokratie“. Bei weiteren Aktionen werden sie wieder unter den Demonstranten sein. Dabei waren: Steffen Plewe, Alexander Pistorius, Thomas Kohout, Bärbel Riethausen und Petra Richter.



Foto: Thomas Kohout

Foto: Petra Richter

DGB zu Mehrausgaben für Flüchtlinge: Aussetzen der Schuldenbremse

(EuW) Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wendet sich gegen Überlegungen aus der Politik, aufgrund von Mehrausgaben für Flüchtlinge haushaltspolitische Einschnitte zu planen.

Der DGB-Bezirksvorsitzende für Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Hartmut Tölle, bezeichnete die Überlegungen als „gefährlichen Kurs, der sozialen Sprengstoff birgt.“ Das schüre Ressentiments gegenüber Flüchtlingen und spiele wichtige gesellschaftliche Aufgaben gegeneinander aus. Flüchtlingshilfe dürfe nicht zu Lasten anderer Politikfelder gehen.

„Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Situation, die so vor einigen Monaten noch nicht absehbar war. Die große Aufgabe,

Flüchtlinge zu versorgen und zu integrieren, müssen wir gemeinsam meistern.“ Wichtige infrastrukturelle, arbeitsmarktpolitische und sozialstaatliche Bedarfe dürften nicht aus dem Blick geraten. Die Haushaltslage von Bund und Ländern biete durchaus Spielraum, notfalls müsse vom Schuldenabbaupfad abgewichen werden, so der DGB-Vertreter weiter. „Schuldenabbau darf nicht zum Selbstzweck verkommen. Sowohl Mehrausgaben für Flüchtlingshilfe als auch für Bildung oder Infrastruktur sind möglich. Es ist ökonomisch sinnvoll, jetzt zu investieren.“ Auch rechtlich gebe es kein Hindernis. Das Grundgesetz sehe ausdrücklich Ausnahmen von der Schuldenbremse für außergewöhnliche Notsituationen vor, „diese muss man nun nutzen“, insistierte Tölle.



Bildungsteilhabe für Flüchtlinge und Asylsuchende: GEW-Handlungsempfehlung „Bildung kann nicht warten!“

(EuW) Die GEW hat Handlungsempfehlungen zur Gewährleistung von Bildungszugängen und -teilhabe für Flüchtlinge und Asylsuchende vorgelegt.

Darin bekennt sich die GEW zu der Verantwortung, Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, aufzunehmen und ihnen die Unterstützung zukommen zu lassen, der sie für eine Existenz in Würde und Gleichberechtigung bedürfen. Sie verweist auf verfassungs- und völkerrechtliche Pflichten Deutschlands, aus dem Grundgesetz und bspw. der UN-Flüchtlings- und der UN-Kinderrechtskonvention sowie dem internationalen Berufsethos für Pädagoginnen und Pädagogen, der die Beschäftigten im Bildungswesen auffordert, alle Formen von Rassismus, Vorurteilen und Diskriminierung im Bildungsbereich zu bekämpfen. Geschlechter- und diversitätsbewusste sowie diskriminierungssensible Bildung muss Leitlinie pädagogischen Handelns sein.

In dem Dokument des Hauptvorstandes heißt es weiter:

Bildung ist die zentrale Voraussetzung zur Vermittlung grundlegender Kompetenzen für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben in wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Für Flüchtlinge und Asylsuchende gilt, was für alle Menschen gilt: Bildung ist ein Menschenrecht. Viele der Menschen, die jetzt nach Deutschland kommen, werden hier auf Dauer eine neue Heimat finden. Den Zugang zu Bildung an ihren Status zu knüpfen oder abzuwarten, ob sie ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten, wäre unzumutbar und verantwortungslos, denn: Bildung kann nicht warten!

Das Grundrecht auf Bildung und das Grundrecht auf Asyl sind nicht verhandelbar und dürfen ebenso wenig wie die Standards für Inklusion aus Kostengründen relativiert werden.

I. Grundsätze für den Zugang zu Bildung für Flüchtlinge und Asylsuchende sowie die Unterstützung für Bildungseinrichtungen und Beschäftigte

Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, haben unterschiedliche Bildungsbiografien und Berufserfahrungen und leiden häufig unter Traumatisierungen. Sie treffen in Kitas, Schulen, Berufsschulen, Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen auf motivierte Beschäftigte. Diese sind in hohem Maße bereit, sich über die ihnen bereits gestellten Anforderungen hinaus zu engagieren, benötigen jedoch zusätzliche Unterstützung und Qualifikationen. Juristische Barrieren, Wechsel der Aufenthalte und eine mangelnde Ausstattung mit spezifisch für Migrationsfragen geschultem Personal erschweren ihnen eine kontinuierliche, strukturierte und gemeinsame Arbeit mit den Flüchtlingen.

Deshalb muss grundsätzlich gelten:

- Für alle Menschen, die nach Deutschland zuwandern, muss der Zugang zu Bildungsangeboten passend zu ihrem Lern- und Bildungsstand und ihren sonstigen Voraussetzungen gewährleistet werden – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

- Wechsel des Aufenthaltsortes und der Bildungseinrichtungen stehen einer pädagogisch notwendigen Kontinuität und dem sozialen Austausch in einem bekannten Umfeld entgegen. Deshalb müssen alle jungen Menschen, die mit ihren Familien Schutz suchen, sowie unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche so schnell es geht sichere Aufenthaltsperspektiven und Zugänge zu den regulären öffentlichen Bildungseinrichtungen erhalten. Das Abwarten bspw. von Asylverfahren ist nicht nur menschlich belastend und birgt die Gefahr weiterer Traumatisierungen und der Abdrängung in die aufenthaltsrechtliche Illegalität, sondern vergeudet auch wichtige Zeit für Bildung. Bildungsinstitutionen müssen über einen Wechsel des Aufenthaltsortes informiert werden.
- Ein schneller Erwerb der deutschen Sprache ist vordringlich. Daher müssen Kitas, Schulen, Berufsschulen, Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen personell und finanziell zusätzlich so ausgestattet werden, dass deutlich mehr Kapazitäten für eine individuelle und bedarfsgerechte Sprachbildung zur Verfügung stehen und die regulären Angebote unverändert aufrecht erhalten werden können.
- Herkunftssprachliche und mehrsprachige Bildungsangebote dienen der Sprachbildung sowie der Identitäts- und Lernentwicklung
- Ist aktuell nicht ausreichend Personal mit den nötigen formalen Qualifikationen verfügbar, muss es berufsbegleitend kurzfristig Ad-Hoc-Maßnahmen und nötigenfalls Quereinstiege, mittelfristig Fort- und Weiterbildungsangebote und parallel einen entsprechenden quantitativen und qualitativen Aus- und Umbau der PädagogInnenausbildung geben.
- Bildung in der Migrationsgesellschaft ist die Kernaufgabe gut ausgebildeter Pädagoginnen und Pädagogen verschiedener Professionen in den öffentlichen Bildungseinrichtungen.
- Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte unter den Geflüchteten sollten in ihrer Profession anerkannt und bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen zur Betreuung und zum Unterricht von Kindern und Jugendlichen hinzugezogen werden.
- Die spezifischen Bedürfnisse und Problemlagen geflüchteter Frauen und Kinder müssen beachtet werden und es bedarf speziell auf sie ausgerichteter Maßnahmen und Beratungsangebote.
- Auch Helferinnen und Helfer brauchen fachliche Unterstützung in den für sie neuen und belastenden Situationen.

Die GEW empfiehlt die Einsetzung einer hochrangigen Arbeitsgruppe von Bund, Ländern, Gemeinden, Gewerkschaften, Migrantinnen- und Migrantenorganisationen sowie Trägern von Bildungseinrichtungen, Arbeitsagentur und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die ein abgestimmtes Gesamtkonzept erstellt, das kurzfristige Maßnahmen enthält und mittelfristig verlässliche Strukturen im Bildungswesen schafft. Diese müssen bedarfsgerecht sowie nachhaltig gestaltet und koordiniert werden.

II. Handlungsempfehlungen zum Bildungszugang für Flüchtlinge und zur Unterstützung der Bildungseinrichtungen und ihrer Beschäftigten

Die GEW empfiehlt die folgenden kurzfristigen Maßnahmen, um den unbeschränkten Zugang für Flüchtlinge und Asylsuchende zu Bildung zu gewährleisten, die Arbeit der Bildungseinrichtungen und ihrer Beschäftigten zu unterstützen und die Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsbiografien zu schaffen.

Dem Bund obliegt dabei der wesentliche Teil der Finanzierungsverantwortung. Die Finanzierung muss deshalb noch im Bundeshaushalt 2016 sichergestellt werden:

- 1. Notwendige Anpassungen der geltenden Rechtslage und Verwaltungspraxis**
 - Sichere Aufenthaltsperspektive bis zum Abschluss der Ausbildung oder des Bildungsgangs
 - Recht auf für Bildung und Ausbildung nötige Mobilität bzw. Bewegungsfreiheit /Aufhebung der Residenzpflicht
 - Information über Rechtsansprüche aus SGB VIII (insb. Recht auf einen Kita-Platz) und Abbau bürokratischer Hürden hinsichtlich ihrer Umsetzung
 - Abbau bürokratischer Hürden hinsichtlich einer zügigen Umsetzung der Schulpflicht (ab dem ersten Tag, spätestens drei Monate nach Ankunft) bzw. des Rechts auf diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung
 - Recht zum Besuch der berufsbildenden Schule bis zum Alter von 25 Jahren





- Verzicht auf Ausbildungs- und Studierverbotsauflagen durch Ausländerbehörden
- Verkürzung der Mindestaufenthaltsdauer zum BAföG- und BAB-Bezug auf drei Monate
- Erweiterung der Quereinsteigerregelungen der KMK für Sprachlehrkräfte (Deutsch als Zweitsprache, Herkunftssprachen)
- Abbau bürokratischer Hürden zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Kompetenzen

2. Programme und Maßnahmen

Frühkindliche Bildung

- Ausweitung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“
- Einsatz von Kindheitspädagoginnen und -pädagogen als Bildungsbegleiterinnen und -begleiter in den Erstaufnahmelagern
- Einstellung von Personal für die hinzukommenden Kinder entsprechend Erzieher/innen- Kind-Relation
- sofortige Fort- und Weiterbildungen sowie zusätzliches Fachpersonal für den Umgang mit traumatisierten Kindern und Dolmetscherleistungen für die Elternarbeit

Allgemeinbildende und Berufsbildende Schulen

- Sofortprogramm zur Förderung der Aus-/Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften mit der Befähigung „Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache“ / Angebot von Kompaktkursen vor Start von Maßnahmen
- Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte zur Beschulung geflüchteter Kinder
- Einrichtung z.B. von Willkommensklassen/Lerngruppen für geflüchtete Kinder bzw. Jugendliche mit einer maximalen Größe von 12 Schülerinnen und Schülern. Zudem ergänzende Sprachangebote im Regelunterricht von Anfang an.
- Ausbau der Schulsozialarbeit durch mindestens zwei Fachkräfte an jeder betroffenen Schule
- „Deutsch als Zweit-/Fremdsprache“ zu einer echten Lehramtsbefähigung aufwerten und zu einem vollwertigen Lehramtsfach in der Lehrkräfteausbildung aufbauen
- durchgängige Sprachbildung als verpflichtender Bestandteil in allen Fächern
- Ausweitung der assistierten Ausbildung und ausbildungsbegleitenden Hilfen in der beruflichen Bildung

Hochschule

- Studienplatzangebot durch weitere Aufstockung des Hochschulpakts nachfragegerecht ausbauen, Zugangserleichterungen als Gasthörerinnen und Gasthörer
- flächendeckendes Angebot an gebührenfreien Deutschkursen schaffen
- spezifische Ansprechpersonen an jeder Hochschule sowie Lehr- und Beratungsangebote für Geflüchtete
- flächendeckende Fortbildungsangebote für Lehrende schaffen, die auf professionellen Umgang mit heterogenen, interkulturellen Gruppen vorbereiten

Erwachsenenbildung

- Ausbau der Integrationskurse und der ESF/BAMF-Sprachkurse
- Steigerung der Attraktivität von Integrationskursen durch Abbau prekärer Beschäftigung
- Spezielle Kurse für Frauen

3. Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote

- weiterer Ausbau der Jugendmigrationsdienste und flächendeckende Öffnung für Flüchtlinge
- Ausbau der schulpsychologischen Unterstützungsangebote und psychosozialen
- Beratungszentren/-stellen
- Anlauforte für Familienberatung und -therapeutische Angebote
- Hotline für pädagogische Fachkräfte und Lehrende an Hochschulen, die Beratung suchen
- Bundesweite internetgestützte Plattform zum Beratungs-, Ideen- und Informationsaustausch und zur regionalen Vernetzung
- Bereitstellung von mehrsprachigem Lehr- und Lernmaterial als Open Educational Resource
- Bundesprogramm für Künstlerinnen und Künstler, Musikerinnen und Musiker sowie Theaterpädagoginnen und -pädagogen zur

Unterstützung der Traumabewältigung

- sowie zusätzliche Angebote im Bereich der Musik, Ergo-, Tanz-, Bewegungs- und Sporttherapie, herkunftssprachliche Mittlerinnen und Mittler und Bildungslotsen in Kitas, Schulen, regionalen Bildungszentren und Jugendämtern
- mehrsprachige Informationskampagne zu Bildungsangeboten und Zugangsmöglichkeiten
- Ausweitung der Beratungsangebote zur Anerkennung von im Ausland erworbener Qualifikationen; Kostenübernahme der Anerkennungsverfahren und Anpassungs- bzw. Weiterqualifizierungen
- Schaffung kommunaler Integrationszentren
- getrennte Wohnraumangebote für Frauen, Männer und Familien
- Durchführung von Stadtteilkonferenzen nach SGB VIII zur Koordination und Unterstützung von Maßnahmen
- Koordination und Beratung für ehrenamtlich Helfende

Die GEW erinnert daran, dass über den qualitativen Ausbau des Ganztagschulwesens für alle Schülerinnen und Schüler, ungeachtet ihrer Herkunft, ein umfassendes Bildungs-, Betreuungs- und Förderangebot geschaffen würde, dass die strukturellen Voraussetzungen für das Lernen in heterogenen Lerngruppen beinhaltet. Das gilt insbesondere für den Einsatz multiprofessioneller Teams, zu denen u.a. Lehrkräfte, Pädagoginnen und Pädagogen mit Kenntnis der Herkunftssprachen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Erzieherinnen und Erzieher, Psychologinnen und Psychologen und weitere Fachkräfte zählen. Die GEW fordert Bund und Länder nachdrücklich auf, zügig ein entsprechendes Bundesprogramm zu vereinbaren und umzusetzen.

Die GEW stellt darüber hinaus fest, dass das Bildungssystem insgesamt seit langem unterfinanziert und qualitativ und quantitativ ausbaubedürftig ist. Bund und Länder bleiben aufgefordert, für alle staatlichen Ebenen eine nachhaltige Bildungsfinanzierung endlich auf den Weg zu bringen und sicherzustellen. Die Bildungshaushalte der Länder müssen insbesondere für die Herausforderungen von Bildung in der Migrationsgesellschaft und der Entwicklung eines inklusiven Bildungswesens dauerhaft erhöht werden.

III. Bildung in der Migrationsgesellschaft – Querschnitts- und Daueraufgabe des gesamten Bildungswesens

Unsere Gesellschaft ist geprägt von Verschiedenheit; migrationsbedingte Diversität gehört zur Alltagsrealität. Die sich daraus ergebenden Fragestellungen müssen systematisch und unter Beteiligung der Politik, der Sozialpartner und weiterer zivilgesellschaftlicher Akteure bearbeitet und nachhaltigen Lösungen zugeführt werden, die sich strukturell im Bildungswesen niederschlagen. Die GEW fordert deshalb einen umfassenden Dialog über die Zukunft der Bildung in der Migrationsgesellschaft und wird auch dazu konkrete Vorschläge unterbreiten.

Unterstützung von Flüchtlingen:

Junge GEW sammelt Willkommenspakete

(EuW) Die Junge GEW hat sich an entscheidender Stelle ganz praktisch für die zahlreichen geflüchteten Menschen engagiert, die momentan Sachsen-Anhalt erreichen. Die Initiative, die auch von anderen Gewerkschaften und Organisationen getragen wurde, rief dazu auf, kleine Willkommenspakete zu schnüren und abzugeben. Diese sollten als Geste des Willkommens und als erste Hilfe Alltagsdinge wie Zahnbürste, Zahncreme, Duschbad und Kekse enthalten. Aber auch Stifte, Spielzeug und Windeln wurden gesammelt.

Die Resonanz in den Sammelstellen war enorm, die ersten Geflüchteten konnten sich schon über die Weitergabe der kleinen symbolischen Pakete freuen. Insgesamt sammelte die Initiative in Halle über 2.500 Päckchen, von denen bereits mehr als 1.000 den Hilfsbedürftigen zugutegekommen sind. Weitere Aktivitäten sind geplant.

Die Kolleginnen der Jungen GEW, Erzieherinnen, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, junge Lehrerinnen und Lehrer sowie Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wollen sich auch in Zukunft an Initiativen zur Unterstützung der Flüchtlinge beteiligen. Viele von ihnen konnte man auch unter den Kundgebungsteilnehmern am 21. Oktober gegen den fremdenfeindlichen AfD-Aufmarsch in Halle sehen.



Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst: Langwierige Tarifauseinandersetzung beendet



Schneebedeckt haben die Bäume den Verhandlungsaufakt im Februar erlebt. Frühlingsgrün sind dann die frischen Blätter in den April gesprossen – jetzt fallen sie goldgelben und den Herbst verkündend vom Himmel herab. Dazwischen lag eine Zeit der Hoffnung, der Enttäuschungen, des Willens sich nicht unterkriegen zu lassen und letztlich auch des Arbeitskampfes. Von Kiel bis München, von Köln bis Berlin – wir standen mit unseren Forderungen vor den Kitas, auf den Marktplätzen, vor dem Arbeitgeberverband. Ja, wie ahnungsvoll waren wir am 25. Februar: „Nach den Erfahrungen aus den langwierigen und streikintensiven Verhandlungen im Jahr 2009 befürchten wir aber, dass wir auch 2015 ohne Druck keine zufriedenstellenden Ergebnisse erreichen werden. Wenn sich keine Einigung abzeichnet, werden die Gewerkschaften die Beschäftigten zu Warnstreiks aufrufen.“ Die dritte Verhandlungsrunde am 9. April in Düsseldorf: „Die heutige Verhandlungsrunde war von Seiten der Arbeitgeber eher ein Ablenkungsmanöver. Konstruktive Angebote: Fehlanzeige“, so Norbert Hocke vom GEW-Hauptvorstand. Die Warnstreiks hatten noch nicht ausgereicht. Jetzt mussten wir in den Erzwingungsstreik: „nach fünf ergebnislosen Verhandlungsrunden hat die Tarifkommission

Bund und Kommunen der GEW das Scheitern der Verhandlungen über die Entgeltordnung für den kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst erklärt und die zuständigen Gremien haben beschlossen eine Urabstimmung zur Einleitung eines unbefristeten Arbeitskampfes durchzuführen.“ Dies war am 28. April. Mit warmer Frühlingssonne im Rücken legten wir los. Elternbriefe mussten verteilt, Mitglieder geworben und Beschäftigte informiert werden. Die Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst sind in der ersten Juniwoche erneut ohne Ergebnis geblieben. Gewerkschaften und Arbeitgeber haben die Schlichtung angerufen. Mit der Schlichtung wird noch einmal versucht, am Verhandlungstisch zu einem tragfähigen Ergebnis zu kommen. Die Streiks wurden deswegen ab dem 7. Juni ausgesetzt. Eine Atempause für alle. Zeit zum Nachdenken für die Schlichter. Eine Schlichtungsempfehlung wurde abgegeben. Ein vorläufiges Ergebnis, welches jedoch nicht lange hielt, denn die Unzufriedenheit war zu groß, wie eine Mitgliederbefragung zeigen sollte. „Der aktuelle Verhandlungsstand muss gründlich diskutiert werden. Wir müssen sorgfältig abwägen, ob dieser angenommen oder abgelehnt werden soll. Dafür müssen auch die Konsequenzen einer Entscheidung betrachtet werden. Eine Ablehnung bedeutet: Die Streiks werden wieder aufgenommen und ausgeweitet. Und: Mit diesen Streiks muss ein deutlich besseres Ergebnis erreicht werden als das zurzeit vorliegende Resultat.“ Die Befragung dauerte vier Wochen. 68,8 Prozent der GEW-Mitglieder haben gegen die Schlichtungsempfehlung gestimmt und ihre

Bereitschaft erklärt, die Streiks fortzusetzen. Das Schlichtungsergebnis wurde daher offiziell von allen Gewerkschaften abgelehnt. Am 13. August wurden die Verhandlungen in Offenbach wieder aufgenommen. Die Arbeitgeberseite zeigte sich weiterhin beeindruckt von den Streiks und der öffentlichen Zustimmung zur gewerkschaftlichen Forderung, die Sozial- und Erziehungsberufe umfassend aufzuwerten. Stattdessen spielen die Arbeitgeber weiter auf Zeit und kündigten lediglich an, im Gespräch bleiben zu wollen. Mehr gab es nicht am 13. August zu vermelden. Während die Gewerkschaften anschließend über die Wiederaufnahme des Erzwingungsstreiks berieten, kam Bewegung ins Arbeitgeberlager. Für den 28. und 29. September wurde nach Hannover geladen. Und hier sollte der Showdown stattfinden: Die Arbeitgeber waren in ihren Positionen eingemauert, wie wir auch. Eine Lösung schien weit entfernt. Dann wurden die Verhandlungen verlängert bis zum Mittag des 30. September. Am Ende stand ein tragfähiger Kompromiss: Die Arbeitgeberseite hat auf die Schlichtung noch etwas draufgepackt, wir haben den Einstieg in die Aufwertung akzeptiert. Die Gewerkschaftsmitglieder haben nunmehr im Rahmen einer Urabstimmung entschieden, den Erzwingungsstreik zu beenden und das Ergebnis anzunehmen. Eine lange Auseinandersetzung wurde beendet, die Blätter wehen verspielt über den kalten Spätherbstboden. Bis die endgültigen Tariftexte fertig sind, wird wohl wieder Schnee liegen.

Daniel Merbitz

Fotos: Daniel Merbitz (3)



Paritätische Tarifgemeinschaft: Fachtag zur Tarifentwicklung

(EuW) Die Paritätische Tarifgemeinschaft (PTG) hat am 2. Oktober einen Fachtag zum Thema „Tarifentwicklung in der Sozialwirtschaft“ unter Beteiligung der Tarifpartner ver.di und GEW in Magdeburg durchgeführt. Das Interesse an Tarifverträgen im Bereich der sozialen Arbeit ist derzeit ungebrochen. Darum hat der Arbeitgeberverband die Gelegenheit genutzt, um auf die Notwendigkeiten und Chancen von Tarifbindung innerhalb der „Parität“ und der anderen sozialen Verbände einzugehen.

Bernd Becker, ver.di, und Daniel Merbitz, GEW, wurden als Vertreter der Tarifvertragsparteien gebeten, sich in die Diskussion einzumischen. Die beiden Gewerkschaftsvertreter referierten zum Thema „Nicht ohne

Gewerkschaften: Verhandlungspartner für ein attraktives Tarifwerk“. Nach einem langen und schwierigen Weg hat sich die PTG entschlossen, zukünftig das Niveau des TVöD als Grundlage ihrer tariflichen Regelung zu nehmen. Das war aber nicht nur die Idee des Arbeitgeberverbandes, es ist auch ein Ergebnis der gewerkschaftlichen Stärke im Betrieb. Die Beschäftigten haben nun endlich eine Perspektive. Die Mitglieder der PTG können mit diesem Ergebnis Fachkräfte binden und neue auf dem Arbeitsmarkt gewinnen. Sabine Ruhe befasste sich mit dem Thema „Die Zeit betriebsinterner Vereinbarungen ist vorbei: Tarifverträge in der Sozialwirtschaft“. Wichtig war der Beitrag „Entgelte sozialer Dienstleistungen anpassen: Anerkennung

tarifgebundener Mitarbeiterentgelte“ von Kirstin Röhl, Referentin Recht und Finanzen beim paritätischen Landesverband. Zu den Erfahrungen mit Tarifverhandlungen und zur aktuellen Reform des Rahmentarifvertrags äußerte sich Andrik Krüger, Verhandlungsführer der PTG. Die Möglichkeiten der Besserstellung gegenüber gesetzlichen Regelungen aufgrund eines Tarifvertrages stellte Kurt Ditschler vor.

Es ist sicher nicht selbstverständlich, dass die Gewerkschaften zu einem Fachtag der Arbeitgeber eingeladen werden. Trotz Meinungsverschiedenheiten während der Tarifverhandlungen bleiben die Vertragsparteien sachlich und suchen nach Kompromissen. Dies ist gelebte Tarifautonomie.

Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst: Ergebnisse und weitreichende Auswirkungen

Die Tarifrunde zur Eingruppierung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen ist vorläufig Geschichte. Sie wird aber in vielerlei Hinsicht nachhallen. Einerseits bleibt die Kritik vieler Mitglieder, weil Ziel und Ergebnis relativ weit auseinander liegen, und andererseits schauen andere, die nicht die „Eingruppierungssegnungen“ des TVöD empfangen, verärgert auf ihre Lohnabrechnung. Sie stellen fest, dass der Abstand zwischen ihrem Einkommen und dem von Kommunalbeschäftigten wieder ein Stück größer geworden ist.

In dieser Gemengelage ist es nicht ganz einfach, die gewerkschaftspolitischen Ziele so zu setzen, dass in der Mitgliedschaft auch künftig die Bereitschaft, sich für ihre Belange einzusetzen, bestehen bleibt. Ja, diese Tarifrunde ist nicht so ausgefallen, wie wir uns das vorgestellt hatten. Nein, es besteht kein Grund, das Ergebnis kleiner zu reden, als es in Wirklichkeit ist.

Kita-Beschäftigte gewinnen dazu

Das Ergebnis für die **Erzieherinnen und Erzieher** in den Kindertageseinrichtungen zeigt, dass für die Mehrheit der Beschäftigten in kommunalen Kitas ein deutlicher Zugewinn erreicht wurde (→ **Tabelle 1**). Dieses Ergebnis führt auch zu einer Erhöhung der Jahressonderzuwendung.

Für die **heilpädagogischen Fachkräfte** (Heilpädagog/innen) verbessert sich die Eingruppierung ebenfalls (→ **Tabelle 2**).

Darüber hinaus werden die langen Laufzeiten in den Stufen 3 bis 5 deutlich verkürzt, was insbesondere für jüngere Beschäftigte positive Auswirkungen hat.

Für viele **Kita-Leiterinnen und -Leiter** bringt das Tarifergebnis nicht nur eine höhere Ein-

gruppierung als bisher. Auch das Risiko einer Herabgruppierung wegen sinkender Kinderzahlen wird minimiert. Zukünftig kann die Eingruppierung nur dann nach unten korrigiert werden, wenn über drei Jahre hintereinander die Kinderzahl um mehr als fünf Prozent sinkt. Ein weiteres Detail im Tarifabschluss ist besonders für die sachsen-anhaltischen Kitas interessant. Vereinbart wurde, dass in allen Einrichtungen stellvertretende Leiter/innen bestellt werden sollen. Es würde dann Schluss gemacht mit der Praxis, sogenannte „Abwesenheitsvertretungen“ zu benennen, die zwar die gleichen Aufgaben erfüllen, allerdings nicht entsprechend eingruppiert werden.

In der Summe ist der Tarifabschluss deshalb aus meiner Sicht positiv zu bewerten. Dieser Eindruck verstärkt sich noch einmal, wenn man die Entwicklungen bei den freien Trägern betrachtet.

Druck auf freie Träger wächst

Nach wie vor sind freie Träger mit einer Tarifbindung in Sachsen-Anhalt in der Minderheit. Und selbst dort, wo Tarifverträge gelten, sind diese in der Regel noch nicht auf dem materiellen Niveau des TVöD angekommen. Der Tarifabschluss für den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen ist auch in dieser Beziehung wichtig. Er setzt die freien Träger weiter unter Druck. Die derzeit wachsenden Einkommensabstände schaden zunehmend den Trägern selbst. Im Wettbewerb um junge Arbeitskräfte haben sie inzwischen oft das Nachsehen. Die Berufseinsteiger können unter den Arbeitgebern, bei denen sie sich arbeitsvertraglich binden wollen, wählen. Dabei spielen die Verdienstmöglichkeiten eine entscheidende Rolle.

Im Kinderförderungsgesetz werden die Land-



kreise verpflichtet, im Rahmen der Entgeltvereinbarungen die Vergütung der Beschäftigten zu prüfen. Auch von dort wird also ein gewisser Druck erzeugt.

Die GEW hat in den letzten zwei Jahren eine Reihe von Tarifverträgen mit freien Trägern abgeschlossen, die zu deutlichen Einkommensverbesserungen und zu einer Angleichung an die Bedingungen im öffentlichen Dienst geführt haben. Aktuell wird an einer Übernahme der Entgeltbedingungen des TVöD für den Bereich der Paritätischen Tarifgemeinschaft verhandelt. Auch für die Kitas der AWO in Magdeburg konnte erst kürzlich ein Tarifvertrag vereinbart werden und die AWO in Naumburg hat in einer ersten Verhandlungsrunde mit der GEW ihre Bereitschaft signalisiert, diesem Beispiel zu folgen.

Für bessere Bedingungen kämpfen

Auch wenn wir noch ein ganzes Stück von einer mehrheitlichen Tarifbindung der freien Träger entfernt sind, so sind die Entwicklungen sichtbar positiv. Insbesondere dort, wo sich die Kolleginnen und Kollegen gewerkschaftlich organisieren und gemeinsam für ihre berechtigten Interessen eintreten. Auch wenn der Weg manchmal mühsam ist, das Ziel kann erreicht werden, wenn viele Gewerkschaftsmitglieder daran mitwirken.

Frank Wolters

Tabelle 1: Vergleich der Eingruppierung „Erzieher/Erzieherin mit staatlicher Anerkennung“ S 8a (neu) zu S 6 (alt)

Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 6	2.366,68	2.589,68	2.768,08	2.946,46	3.108,13	3.289,06
S 8a	2.422,00	2.623,00	2.824,00	3.060,00	3.260,00	3.450,00
Differenz	55,32	33,32	55,92	113,54	151,87	160,94
Differenz in Prozent	2,34	1,29	2,02	3,85	4,89	4,89

Tabelle 2: Vergleich der Eingruppierung „Heilpädagoge/Heilpädagogin“ S 9 (neu) zu S 8 (alt)

Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 8	2.478,17	2.656,58	2.879,57	3.198,33	3.496,91	3.732,33
S 9	2.480,00	2.760,00	2.980,00	3.300,00	3.600,00	3.830,00
Differenz	1,83	103,42	100,43	101,67	103,09	97,67
Differenz in Prozent	0,07	3,89	3,49	3,18	2,95	2,62

Streiklokal der GEW „Goldene Rose“: Brandanschlag vermutet

In der Nacht zum 13. Oktober 2015 wurde auf das Hallesche Traditionslokal „Goldene Rose“ mutmaßlich ein Brandanschlag verübt. Am Abend zuvor fand dort ein „Flüchtlingsstammtisch“ statt. Die GEW Sachsen-Anhalt hat während des Arbeitskampfes im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst die „Goldene Rose“ als Streik- und Versammlungslokal über mehrere Wochen kontinuierlich genutzt.

Auch am Abend des 13. Oktober war eine Nutzung durch die GEW Sachsen-Anhalt vorgesehen: Es sollte eine Informationsveranstaltung zum Tarifergebnis stattfinden. Diese musste kurzfristig ins GEW-Regionalbüro verlegt werden. Mit tiefer Betroffenheit haben die anwesenden Gewerkschaftsmitglieder die

Nachricht aufgenommen und sich spontan solidarisch mit dem Betreiber erklärt.

„Dass sich bis 4:00 Uhr eine Zigarette plötzlich entzündet hat, ist total unwahrscheinlich. Die Spuren, die die Polizei gefunden hat, deuten ganz klar auf Brandstiftung hin“, sagte der Betreiber Stephan Schirmmeister gegenüber der Mitteldeutschen Zeitung. Das Feuer wurde in einem Raum im Erdgeschoss gelegt. Zum Glück wurde niemand verletzt und die Feuerwehr konnte den Brand rechtzeitig löschen, bevor auch die anderen Räume zerstört wurden. Ein politischer Hintergrund wird nicht ausgeschlossen, auch Beamte des Staatsschutzes ermitteln.

Daniel Merbitz



„Schule sucht Lehrer – bieten Schüler“ kann man seit kurzem vor der Diesterweg-Grundschule in Halle lesen. Der Elternrat macht mit einem farbenfrohen Banner

Bildungspolitische Auseinandersetzungen spitzen sich zu: Lehrermangel führt zu Einschränkungen des Rechts auf Bildung

darauf aufmerksam, dass die Realität eine andere ist, als es aus den Mündern der Regierungsfractionen, des Ministerpräsidenten und des Kultusministers tönt. Ministerpräsident Reiner Haseloff ließ durch seinen persönlichen Mitarbeiter dem GEW-Landesvorsitzenden Thomas Lippmann mitteilen: „Im November ist eine Ausschreibung von mehr als 260 Lehrerstellen vorgesehen. Dazu kommen bis zu 250 zusätzliche Lehrkräfte für die Sprachförderung. Diese Stellen werden 2016 ausgeschrieben. Die Landesregierung sieht damit die Unterrichtsversorgung als im Wesentlichen gesichert an, wobei kurzfristig und plötzlich auftretende Ausfälle bei den Lehrkräften natürlich nicht ausgeschlossen werden können.“ Auch die Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, Petra Grimm-Benne, schreibt von diesen Neueinstellungen. Sie stellt aber auch fest: „Die von der Landesregierung angestrebte Unterrichtsversorgung von 103 Prozent konnte noch nicht überall flächendeckend erreicht werden.“ Sie will aber wohl Optimismus verbreiten, wenn sie mit Verweis auf die für 2016 ausgeschrieben Stellen resümiert: „Mit diesen Maßnahmen sollte es der Landesregierung gelingen, die dringendsten Probleme bei der Unterrichtsversorgung in Sachsen-Anhalt zu lösen“. Etwas kritischer sieht Kultusminister Stephan Dorgerloh in einem Interview mit der Volksstimme die Situation, wenn er zugibt, dass die Unterrichtsversorgung lediglich bei 101,4 Prozent liegt. Im Interview des mdr nach den Protestveranstaltungen vom 7. Oktober in Halle und vor dem Landtag in Magdeburg hört sich die Sache schon nicht mehr so kritisch an, wenn er unterstellt, dass die imaginären und in Wirklichkeit sehr bescheidenen 103 Prozent mit



den geplanten Neueinstellungen vor der Tür ständen. Da zeigte er Regierungsdziplin und glaubte wohl den Mangel „wegbeten“ zu können. Sparen hätte er sich auch den Seitenhieb auf die protestierenden Eltern, Schüler und Gewerkschafter, denen er Wahlkampfabsichten unterstellte. Wären die amtierende Regierung und die sie tragenden Fraktionen nicht wie Lemminge dem Finanzminister in den finanziellen Bildungsruin gefolgt, hätten sie die Warnungen vor Studienplatz- und Referendariatsstellenabbau nicht in den Wind geschlagen, müssten sie sich heute nicht vor Wahlniederlagen wegen schlechter Bildungsbedingungen fürchten. Erst in der jüngsten Landtagssitzung haben sie Vorschläge der LINKEN und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Im Übrigen sind Wahlen dazu da, unzumutbare Politik zu korrigieren. Natürlich

Pressekonferenz zur Lehrkräfteversorgung:

Landeselternrat und GEW warnen gemeinsam vor Schule oh

(EuW) Am 7. Oktober hatte die GEW in Kooperation mit der Landespressekonferenz zu einer Information der Medien eingeladen, auf der auch ein Vertreter des Landeselternrates das Wort nahm. Hintergrund war, dass schon seit dem Ende der Sommerferien die Schulbehörden mit allen Mitteln versuchten, die Zustände in der Lehrkräfteversorgung der Allgemeinbildenden Schulen zu verschleiern und ein geschöntes Bild über die Unterrichtsversorgung zu zeichnen (→ EuW 10/2015). Konstatiert musste aber werden, dass für mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler jegliche Vertretungsreserve fehlt. Das große Ziel Inklusion gerät besonders an den Sekundarschulen ins Hintertreffen. Um den Unterricht im laufenden Schuljahr zu sichern, müssen sofort 300 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.

Die auf die Pressekonferenz erfolgten Reaktionen aus dem Kultusministerium enttäuschten auf ganzer Linie. Die vom Kultusministerium vorgebrachte Interpretation der GEW-Forderung nach zusätzlichen Lehrer-Einstellungen konnte nur verwundern. Thomas Lippmann, hatte auf der Pressekonferenz die Konsequenzen aus der schlechtesten

Unterrichtsversorgung seit Jahrzehnten ausführlich erläutert. Deshalb appellierte er an den Kultusminister und die Regierungsfractionen von CDU und SPD: „Die Schulen, in denen seit Wochen Unterricht nicht erteilt werden kann, weil Lehrkräfte fehlen, brauchen nicht immer neue Rechenmodelle und Versprechungen, sondern unverzüglich mehr Lehrkräfte, um ihre umfangreichen Aufgaben im erforderlichen Umfang und in der erwarteten Qualität erfüllen zu können.“ Es helfe niemandem, ständig die sprichwörtlichen „Äpfel mit Birnen“ zu vergleichen und dadurch den Schulen und der Öffentlichkeit ein Bild vorzugaukeln, dass mit der Realität nichts zu tun habe. Die GEW habe aus gutem Grund die Einstellung von 300 Lehrkräften zusätzlich zum Einstellungskorridor von 2015 gefordert. Dieser betrage derzeit bis zu 600 Lehrkräfte (470 unbefristete Stammllehrkräfte und bis zu ca. 130 befristete Einstellungen für die Sprachförderung von Migranten), wovon etwa 60 Einstellungen derzeit noch offen seien. Der Minister brächte dagegen jetzt offensichtlich bereits die Ausschreibungen ins Spiel, die aus dem Einstellungskontingent für das Jahr 2016 stammen bzw. die ausschließlich der schnell steigenden Zahl von Migranten geschuldet seien.





© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

wäre es auch ein Wahlkampfsignal, wenn die jetzige Regierung unter dem Druck von Eltern, Schülern und Lehrkräften ihren Kurs wirklich korrigieren würde. Auch späte Einsichten können Gutes bewirken, wenn sie Realität werden.

Die GEW ist in vielfacher Hinsicht bereit, ihren Sachverstand und ihre Kraft einzubringen. Es geht schließlich darum, die Bedingungen dafür zu erhalten, die es erst möglich machen, die verfassungsmäßig gebotene Schulpflicht zu erfüllen. Die GEW erweist sich damit als demokratische Kraft zur Umsetzung eines Verfassungsauftrages. Sie wird im gleichen Sinne nicht nachlassen, dies mit politischem Druck zu unterlegen. Das haben die letzten Wochen bewiesen und auch im bevorstehenden Wahlkampf wird das nicht anders sein.

ne Reserven

Von einer Ausweitung des Einstellungskontingentes aus dem Jahr 2015 für unbefristete Stammllehrkräfte, wie von der GEW gefordert, sei hingegen nichts bekannt. Alle verfügbaren Informationen deuteten vielmehr darauf hin, dass auch das für das Jahr 2016 geplante Einstellungskontingent wieder um mehrere Hundert Lehrkräfte zu gering sein wird. Zwar solle die Zahl der Lehrkräfte für die Sprachförderung auf insgesamt 250 erhöht werden (wovon 50 Lehrkräfte unbefristet übernommen werden können), gleichzeitig werde aber die Zahl der Neueinstellungen von unbefristeten Stammllehrkräften um jene 50 Stellen reduziert, die den Sprachlehrkräften angeboten werden.

Mit der Ankündigung, im November 260 unbefristete Lehrstellen auszuscheiden, die möglichst ab Januar in den Schulen zur Verfügung stehen sollen, reagiere das Ministerium zwar etwa in dem von der GEW geforderten Umfang auf die unhaltbare Situation im laufenden Schuljahr, allerdings zu Lasten der Planungen für den Schuljahreswechsel im Sommer 2016. Denn dafür blieben dann von den 420 Einstellungsmöglichkeiten für unbefristete Stammllehrkräfte nur noch 160 übrig.

Aktionstag in Halle und Magdeburg: Breites Bündnis für Bildung

Anfang Oktober stellte die GEW Sachsen-Anhalt die Ergebnisse der eigenen Erhebung zur organisatorischen Situation und personellen Ausstattung an den Schulen vor. Die Umfrage samt ihrer Begleitumstände stieß auf reges Interesse der Öffentlichkeit und der Medien. Fast als Bestätigung dieser Auswertung wurden im Oktober beinahe täglich neue Fälle von Unterrichtsausfall und Mangelversorgung an Sachsen-Anhalts Schulen publik. Eine Sekundarschule, die aufgrund des hohen Krankenstandes ganze Jahrgänge tageweise mit Heimarbeit nach Hause schickt, und Grundschulen, an denen einige Fächer monatelang nicht unterrichtet werden, stellen dabei die extremsten Ausschläge dar.

Um weiter über diese Probleme zu informieren sowie Landesregierung und Landtag an das selbstgesteckte Ziel von 103 Prozent Unterrichtsversorgung zu erinnern, protestierte am Donnerstag, 15. Oktober 2015, ein breites Bündnis in Halle und Magdeburg unter der Losung „Bildung gemeinsam gestalten“. Am Vormittag mobilisierten in Halle der Studierendenrat der Martin-Luther-Universität und der Stadelternrat zusammen mit der GEW zu einer Demonstration vom neuen Steintor-Campus zum Markt. Auf der Kundgebung dort fanden sich 800 Teilnehmer ein. Sprecher aus den Hochschulen, betroffene Eltern und Gewerkschaftsvertreter machten ihrem Unmut über den schlechten Zustand vieler Bildungseinrichtungen Luft. Ganz Schulklassen skandierten vor der Bühne immer wieder: „Wir wollen lernen!“



Fotos: Daniel Merbitz (2)



➔ Parallel zur Landtagssitzung wies Thomas Lippmann, Vorsitzender der GEW Sachsen-Anhalt, auf dem Magdeburger Domplatz auf die drohenden Entwicklungen hin: „Die großen Krankheitswellen im Herbst und Winter stehen uns erst noch bevor. Wenn schon vom ersten Schultag an die Personalnot in vielen Schulen so groß ist, dass Unterricht systematisch ausfallen muss, darf das Land mit zusätzlichen Einstellungen keinen Tag länger warten.“ Alle Abgeordneten sollten inzwischen über den Ernst der Lage informiert sein.

Unter den Zuhörern waren auch Kultusminister Stephan Dorgerloh und Staatssekretär Jan Hofmann. Sie konnten sich von Elternvertretern und Mitgliedern der Hochschule direkt die Situation an vielen Einrichtungen im Lande anhören. Auch aus den Oppositionsfraktionen kamen Vertreterinnen und Vertreter zu Wort. Umrahmt wurde die Veranstaltung auf dem Domplatz von einer Bastelaktion, bei der dazu aufgerufen wurde, sich die fehlenden Lehrkräfte symbolisch selber zu erschaffen. Am Ende hingen die Figuren zahlreich und bunt vor dem Landtag. Dieser selbst verpasste an diesem Tage leider die Chance, den Weg für sofortige und zusätzliche Neueinstellungen freizumachen. Damit steigen einmal mehr die Hypothesen für die nächsten Schuljahre erheblich an.

Alexander Pistorius

Fotos: Daniel Merbitz (2)



Foto: Bertolt Marquardt



EuW-Gespräch mit Vertreter des Landeselternrates:

Nach besten Kräften das Menschenmögliche auf den Weg bringen

Kollege Alexander Pistorius führte mit Alexander Baumbach, der maßgeblich am Zustandekommen des Bündnisses aus Eltern, Schülern und Lehrkräften und an der Vorbereitung des Aktionstages am 15. Oktober beteiligt war, nachfolgendes Gespräch.

Die Redaktion

Herr Baumbach, der Oktober war für den Landeselternrat (LER) ein besonders arbeitsreicher Monat. Höhepunkt war der von einem breiten Bündnis aus LER, GEW, Studierenden und vielen anderen getragene Aktionstag mit über tausend Beteiligten. Was waren die konkreten Gründe, dass der LER gerade im diesem Schuljahr verstärkt an die Öffentlichkeit geht?

Die Situation ist seit vielen Jahren die gleiche. Elternvertretungen, ob nun auf Landes-, Kreis- oder kommunaler Ebene, werden als Spielball zwischen den Zuständigkeiten vertröstet und als „geduldetes demokratisches Übel“ immer wieder versetzt. Stimmrecht in den Entscheidungsgremien fehlt gänzlich. Stattdessen zahlen Eltern brav und artig „verdeckte Schulgelder“ zum Beispiel in Form von Büchergeld und Kopierkosten ohne reale Gegenwerte für ihre Kinder. Setzt man hier den Hebel an, dann merkt man schon, wie viel Wertschätzung das Ministerium der ehrenamtlichen Elternarbeit entgegenbringt. Da reden wir noch nicht mal über existentielle Fragen wie Unterrichtsversorgung. Als ich vor vielen Monaten anfang, eine Statistik über tatsächlich ausgefallene und fachfremd vertretene Unterrichtsstunden von der Verwaltung zu erbitten, wurde mir am Telefon mitgeteilt, dass diese Informationen nur gegen Kostenerstattung mitgeteilt würden. Wo leben wir denn eigentlich? Entweder beteilige ich Eltern an der Ausgestaltung von Schule – und das bedeutet, wir benötigen aktuelle, verlässliche Daten als Grundlage unserer Arbeit – oder wir schaffen dieses Gremium per lex Dörgerloh komplett ab und geben damit demokratische Mitbestimmungsrechte auf, die es seit Generationen gibt. Die Diskussion über die völlig zu spät und in viel zu geringer Zahl aufgerufenen Stellen für Lehrer, für die jetzt eh kaum noch geeignete Bewerber mehr auf dem Markt sein dürften, ist ja nur die Spitze unseres Kampfes gegen die Windmühlen des Ministeriums. Und den kämpfen wir wohlgerne in unserer Freizeit, nicht mit einem fürstlichen Beamtenehalt ausgestattet.

Es überrascht wenig, dass sich diese Eindrücke weitgehend mit den Ergebnissen der Umfrage der GEW unter den Schulpersonalräten decken. Sie waren bei der Vorstellung dieser Ergebnisse im Rahmen der Landespressekonferenz als Vertreter des LER mit dabei. Wie bewertet der LER die Datenlage und die Informationspolitik der Schulbehörden?

Im Jahre 2015, im digitalen Zeitalter, ist es lächerlich, keine ordentlich auswertbare und zugängliche Datenerfassung zu realisieren. Bei uns hat man schlicht den Anschluss versäumt. In anderen Bundesländern gibt es seit vielen Jahren echte Bildungsmanagementsysteme. Umso unverständlicher ist, dass Jahr auf Jahr neu herumgedruckt wird. Die Landesregierung scheint hier auf Zeit zu spielen, da die realen Zahlen eine Bankrotterklärung der angewandten Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt wären.

Die Erhebung konzentrierte sich natürlich auf die Versorgung und Ausstattung der Schulen. Wie stellt sich aus Sicht des LER die Situation an anderen Bildungseinrichtungen dar?

An privaten Schulen und Bildungseinrichtungen gibt es deutlich weniger Probleme. Doch da „Gleiches Recht für alle“ und „Bildung für alle“ gesetzlich kodifiziert sind, darf und kann dieses Argument nicht gelten. Kommunal ist es sehr unterschiedlich: je nachdem, wer in der Kommune das Sagen hat. So gibt es in schwarz-gelb regierten Kommunen wie Halle nur Bestrebungen für die Gymnasien. Die Gesamtschulen und Sekundarschulen fallen hier oft durch das Wunschraster idealer Bildung. Über die Situation an Kindertagesstätten oder an den Hochschulen wollen wir da erst gar nicht sprechen. Ein Kinderförderungsgesetz, das in Teilen verfassungswidrig ist, spricht doch Bände über die Kompetenz unserer Politiker.

Die Voraussetzungen für eine gelungene Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt sind nach dieser Beschreibung nicht die besten. Wo sehen Sie Möglichkeiten, dies zu ändern? Wo die dringendsten Handlungsfelder?

Zunächst in ausreichender Lehrerversorgung, das ist ganz klar. Doch wir müssen uns die Frage stellen: arum finden wir keine Lehrer? Wenn

wir ehrlich sind, kommen wir zum Ergebnis, dass jahrelange Sparpolitik an den Universitäten einen großen Teil zur jetzigen Situation beigetragen hat. Dazu kommen sehr erfolgreiche „Abwerbekampagnen“ von Ländern wie Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern. Die nehmen auch mal Geld in die Hand, um junge Absolventen auch materiell zu überzeugen, dass sie ein geeigneter Arbeitgeber für den Lehrernachwuchs sind.

Dazu kommt die nächste rhetorische Frage: Welcher Lehrer möchte zwischen verschiedenen Schulen (oft kilometerweit) pendeln? Ein Lehrer sollte seine Energie vor der Klasse austoben dürfen, und nicht bei der Parkplatzsuche zwischen zwei Vertretungsstunden am anderen Ende des Landkreises. Außerdem fehlt es auch an der Instandhaltung. Schulen bröckeln auseinander, Ausstattung ist antiquiert. Wer möchte in solch einem Umfeld arbeiten? Und dann haben wir da noch die multimediale Ausstattung unserer Schulen. Diese ist bei Landesschulen zwar recht gut, jedoch bei kommunalen Schulen oft ein Desaster. Setzen Sie mal einen jungen Rechtsanwalt oder Mediziner in einen Arbeitsbereich, in dem er von undichten Fenstern, zwanzig Jahre alten Computern und bröckelndem Putz an den Wänden umgeben ist. Der zeigt ihnen einen Vogel und lässt sich nie wieder blicken, weil er woanders respektvoll behandelt wird. Und das ist doch wohl das Mindeste, was man von einem Dienstherrn erwarten darf, der eh schon nicht den besten Ruf hat: gegenseitiges Vertrauen und Respekt.

Auch hier finden sich große Schnittmengen mit den Einschätzungen und Ideen der GEW. Welche Überlegungen gibt es auf Seiten des LER diesen Themen während des anrollenden Landtags-Wahlkampfes weiterhin Gehör zu verschaffen?

Die Aktion „Alle zusammen: Bildung ist unsere Zukunft“ lebt weiter. Wir haben der Landesregierung gezeigt, dass es nicht nur die Lehrer sind, welche die Missstände einfach satt haben. Wir werden das „Netzwerk für Bildungszukunft“ erweitern. Neben den Studentenvertretungen und den Schülerräten wollen wir langfristig voraus planen können. Denn eines ist klar: Ohne Bildungszukunft stirbt dieses – unser – Bundesland aus.

Die Legislaturperiode dauert fünf Jahre. Prognosen sind immer schwierig. Dennoch: Wo sehen Sie die Schulen in Sachsen-Anhalt im Jahr 2021?

Auf einem besseren Weg als jetzt. Wir meinen, dass die Landesregierung den seit Jahren geführten Kurs nicht weiterverfolgen kann. Wem nutzt die schwarze Null, wenn 2021 nur noch Rentner in Sachsen-Anhalt wohnen und der Fachkräftemangel die gerade zart blühende Investorenlandschaft verödet? Langfristig kann dieser bildungspolitische Blindflug nicht durchgehalten werden. Politik ist die Kunst des Machbaren – und die Realität wird diesen unsinnigen Sparwahn in einem essentiell für die Gesellschaft wichtigen Ressort wie Bildung einholen. Unzureichend ausgebildete Mitbürger kosten die Gesellschaft auf Dauer mehr Steuergeld, als die derzeit eingesparten Mittel im Bildungssektor rechtfertigen. Das ist eine Rechnung, die auch der Dümmste verstehen dürfte. Allerdings hoffe ich, dass wir dieses Argument nicht so oft benutzen müssen, und es auch noch Politiker gibt, die sich mit Rückgrat und Verantwortungsgefühl ihrer Aufgabe stellen – nach besten Kräften das menschenmögliche für dieses Land auf den Weg zu bringen. Welche Rohstoffe kann Sachsen-Anhalt denn noch in nennenswerter Stückzahl vorweisen? Der einzige Rohstoff dieses Landes, und mit Verlaub, der wichtigste im einstigen Land der Dichter und Denker, ist die Intelligenz unserer Kinder. Und das sind die künftigen Wähler und Steuerzahler. Was wäre außerdem die Alternative? Wollen wir in zehn, fünfzehn Jahren einen Zaun um dieses Land ziehen und von außen Schilder annageln: „Herzlich Willkommen im Land der Altenheime. Achtung, Wölfe!“?

Ich bin grundsätzlich Optimist. Und deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass Bildungspolitik wieder Zukunftspolitik sein muss. Dieses Ministerium, ja diese Regierung, darf nicht darin verharren, verlängerter Arm des Finanzressorts zu sein.



Foto: Hans-Dieter Klein

Alexander Baumbach und Thomas Lippmann am 7. Oktober auf der Landespressekonferenz.

GEW-Sachstandsbericht zu Schulen: Personalentwicklungskonzept (PEK) des Finanzministers füh

In der EuW 10/2015 hatten wir wichtige Daten zur Schulentwicklung dokumentiert. Bereits im Februar 2015 hatte der GEW-Landesvorsitzende die Schüler-Lehrer-Relation in den Fokus der Betrachtungen gestellt.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Studie konnte der Schülerzuwachs der Flüchtlingskinder noch nicht berücksichtigt werden.

Die Redaktion

Aus dem Sachstandsbericht zur Personalentwicklung an Allgemeinbildenden Schulen Sachsens-Anhalts 2014 – 2016

(Grundlage der Betrachtungen ist die aktuelle Statistik der Kultusministerkonferenz Nr. 206 „Schüler, Klassen, Lehrer und erteilte Unterrichtsstunden 2013“ vom Januar 2015)

Im Bereich der Allgemeinbildenden Schulen erfolgte bis einschließlich des Schuljahres 2011/12 keine Steuerung durch das PEK. Die Entwicklung war ausschließlich bestimmt durch die bis zum Schuljahr 2008/09 stark rückläufigen Schülerzahlen und den fast parallelen Rückbau des Arbeitskräftevolumens der Lehrkräfte durch beschäftigungssichernde Tarifverträge.

Erst seit dem letzten Schuljahr greift die Steuerung durch das PEK 2011 durch eine scharfe Begrenzung der Neueinstellungen bei gleichzeitig hoher Fluktuation der Stammbesetzung und steigenden Schülerzahlen unmittelbar. Seitdem wachsen die Probleme in der Unterrichtsversorgung und damit bei der Sicherung der Schulpflicht kaskadenartig an.

In den Grundschulen hat sich die Schüler-Lehrer-Relation der östlichen Länder nach einer Phase großer Unterschiede, die allein durch die extrem gegenläufige Entwicklung der Schülerzahlen (starker Einbruch in den östlichen Ländern und langanhaltender Anstieg in den westlichen Bundesländern) und die Vereinbarung von beschäftigungssichernden Konzepten bzw. Tarifverträgen in den östlichen Ländern begründet ist, inzwischen wieder vollständig den westlichen Ländern angeglichen. Es besteht die begründete Erwartung, dass die Schüler-Lehrer-Relation der westlichen Länder demnächst insgesamt unter die der östlichen Länder sinkt. Die → **Grafik 1** zeigt, dass dies bezogen auf einzelne Länder bereits im Schuljahr 2013/14 der Fall war. Nach den Entscheidungen in Sachsen-Anhalt (Grundschulschließungen und Streichung von Stundenzuweisungen) und dem anhaltenden Trend in den westlichen Ländern besteht die begründete Erwartung, dass auch in Sachsen-Anhalt die Schüler-Lehrer-Relation an den Grundschulen bereits im laufenden Schuljahr 2014/15 gleichauf mit oder sogar über der einiger westlicher Bundesländer (z.B. Rheinland-Pfalz und Saarland) liegen wird.

Die **Grafik 1** widerlegt nachdrücklich die Annahme, dass die Lehrerausstattung eines Schulsystems einen engeren Zusammenhang zur Finanzsituation eines Landes aufweist. Die **Grafik 2** zeigt vielmehr, dass die Schüler-Lehrer-Relationen an sich wenig Konstanz aufweisen und fortwährend erheblichen Veränderungen unterworfen sind. Die Grafik zeigt ebenso nachdrücklich, welcher enger Zusammenhang zwischen der Entwicklung von Schülerzahlen und dem sich dadurch verändernden Lehrkräfteaufwand besteht, der sich in Änderungen der Schüler-Lehrer-Relationen niederschlägt.

Der indizierte Verlauf der Schülerzahl und der Schüler-Lehrer-Relation in den östlichen Ländern zeigt, dass die enge Abhängigkeit der Schüler-Lehrer-Relation von der Entwicklung der Schülerzahlen durch schulpolitische Maßnahmen deutlich gemindert werden kann. Hintergrund sind fast ausschließlich die massiven Schulschließungen, die weitgehend parallel in allen östlichen Bundesländern als Antwort auf den drastischen Schülerrückgang veranlasst wurden.

Demografische Rendite verschenkt

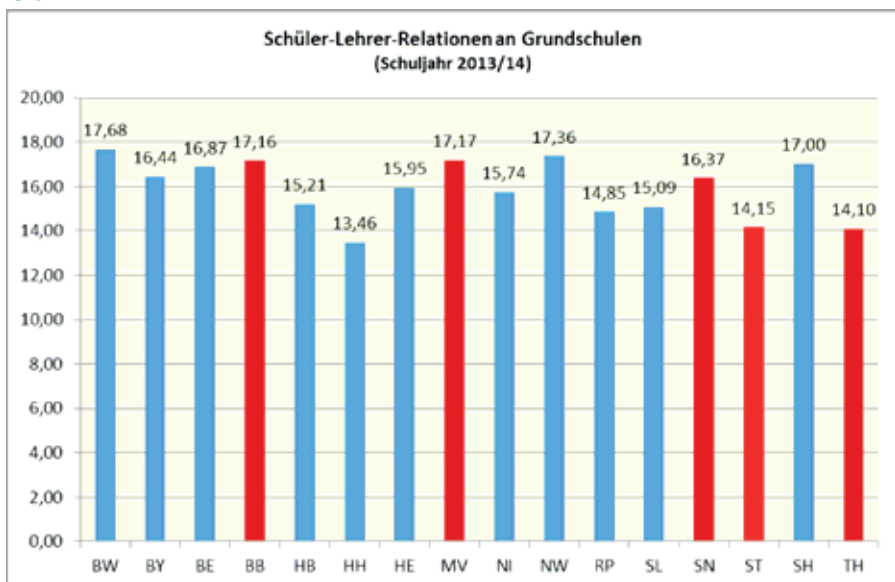
Die Differenz zwischen dem Schülerrückgang auf etwa 50 Prozent der Ausgangszahl von 1993/94 und dem dagegen deutlich geringeren Absinken der Schüler-Lehrer-Relation auf nur 80 Prozent des Ausgangswertes wäre die sogenannte „demografische Rendite“ gewesen, die aber in allen östlichen Ländern durch den umfangreichen Stellenabbau vollständig aus den Schulsystemen herausgezogen wurden und nicht etwa zum größten Teil dort verblieben ist – wie immer mal gerne behauptet wird.

Ein relevanter Vergleich ergibt sich nur in Bezug auf die Entwicklung in den anderen östlichen Ländern. Hier weisen die einschlägigen Statistiken darauf hin, dass die Entwicklungen in allen östlichen Ländern (Schülerzahlen, Schulstandorte, Schüler-Lehrer-Relation) in hohem Maße parallel verlaufen sind und es keine gravierenden Unterschiede gibt. Sachsen-Anhalt weist allerdings die Besonderheit auf, dass der Wiederanstieg der Schülerzahlen nach dem Durchschreiten des Tiefpunktes im Schuljahr 2002/03 geringer ausfällt als in allen anderen östlichen Ländern. Daraus erklärt sich im Wesentlichen, dass Sachsen-Anhalt derzeit im Bereich der Grundschulen die geringsten Schulgrößen und in unmittelbarer Folge auch die niedrigste Schüler-Lehrer-Relation aufweist.

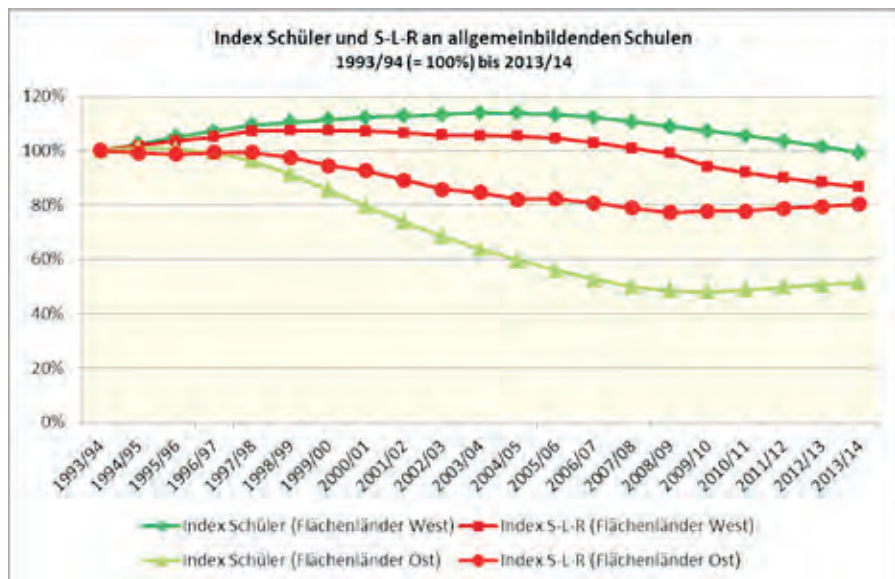
Die beiden Grafiken 3 und 4 geben einen Überblick über den Angleichungsprozess zwischen den westlichen und östlichen Flächenländern sowie über die Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation in den fünf östlichen Ländern:

→ **Grafik 3** zeigt deutlich, dass sich die Schüler-Lehrer-Relationen der Flächenländer West und Ost einander angleichen – und zwar aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen und nicht etwa in Abhängigkeit der Entwicklung der Landeshaushalte. Dieser Angleichungsprozess wird voraussichtlich zum Schuljahr 2016/17 weitgehend abgeschlossen sein und zwar im Wesentlichen durch das weitere Absinken der Schüler-Lehrer-Relation in den westlichen Ländern, die dann sogar voraussichtlich unter 13,0 liegen wird.

Grafik 1



Grafik 2



... in den akuten Mangel

→ **Grafik 4** zeigt die weitgehend parallele Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relationen in den östlichen Ländern, wobei diese heute sogar enger beieinander liegen, als zur Zeit der Errichtung der neuen Schulsysteme unmittelbar nach der deutschen Einheit. Es gibt die begründete Erwartung, dass sich dieser Prozess noch etwas fortsetzt und sich die Schüler-Lehrer-Relationen in einem engen Korridor zwischen 12,0 und 13,0 stabilisieren.

Lediglich Mecklenburg-Vorpommern fällt etwas aus dieser Entwicklung heraus. Als Land mit der geringsten Schülerdichte weist es derzeit die höchste Schüler-Lehrer-Relation unter den östlichen Ländern auf. Für das extreme Ausdünnen seiner Schullandschaft zählt das Land allerdings einen hohen Preis. Es bildet bei allen Schulleistungsuntersuchungen der letzten Jahre das Schlusslicht unter den östlichen Ländern, während alle anderen östlichen Länder, einschließlich Sachsen-Anhalt, bundesweit und zunehmend auch international z.T. Spitzenergebnisse erreichen.

Systematisch falsch prognostiziert

Aus den obigen Ausführungen ergibt sich, dass in dem vom Finanzministerium verantworteten Personalentwicklungskonzept, in den Personalstandsberichten bzw. im Personalmanagementkonzept über die Jahre hinweg systematisch Fehlprognosen für den Schulbereich produziert wurden und werden. Zum jeweiligen Erstellungs- bzw. Fortschreibungszeitpunkt der verschiedenen Konzepte und Berichte wurden die jeweils gerade verfügbaren Daten zu den Schüler-Lehrer-Relationen (aus der aktuellen Statistik der Kultusministerkonferenz „Schüler, Klassen, Lehrer und erteilte Unterrichtsstunden“) quasi in einer Momentaufnahme erfasst und zur Grundlage von Prognosen und Planungen gemacht. Neben verschiedenen methodischen Fehlern bei der Auswahl der Vergleichsgruppe und der Verwendung gewichteter Durchschnitte wurde vor allem schlicht ignoriert, dass sich die Schüler-Lehrer-Relationen permanent ändern und auch weshalb das so ist.

Dem ersten PEK 2007 lagen noch die Zahlen aus dem Schuljahr 2004/05 zugrunde. Damals bestand aufgrund der sehr unterschiedlichen Entwicklung der Schülerzahlen ein besonders großer Unterschied in den Schüler-Lehrer-Relationen zwischen Sachsen-Anhalt und der Vergleichsgruppe der finanzschwachen Flächenländer West. Daraus wurde dann auch ein entsprechend großes Personalabbau-potenzial in der Lehrerschaft Sachsen-Anhalts abgeleitet. Danach schwankte die Stellenzielzahl für das Lehrpersonal an Allgemeinbildenden Schulen wahlweise für das Jahr 2019 oder 2020 jeweils um mehrere Tausend Stellen kräftig hin und her. Die Entwicklung der Personalzielzahl in Vollzeitäquivalenten zeigt die → **Grafik 5**.

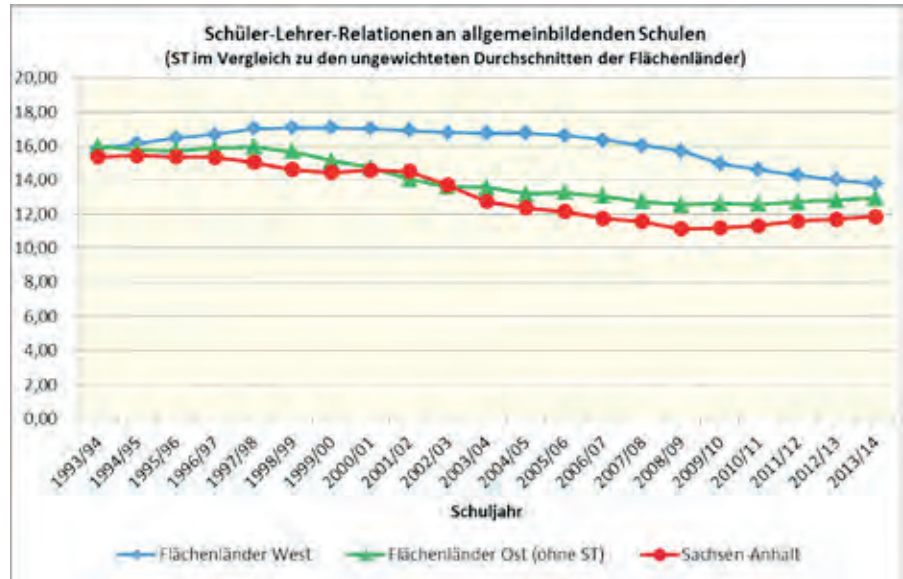
Realistisch und im Vergleich mit anderen Ländern haltbar ist bei weitgehend stabilen Schülerzahlen eine Schüler-Lehrer-Relation zwischen 12,0 und 12,5. Bei erwarteten ca. 170.000 Schülern an öffentlichen Allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2019 entspricht dies etwa 13.600 bis 14.100 Vollzeitäquivalenten.

Zielzahlen nach oben korrigieren

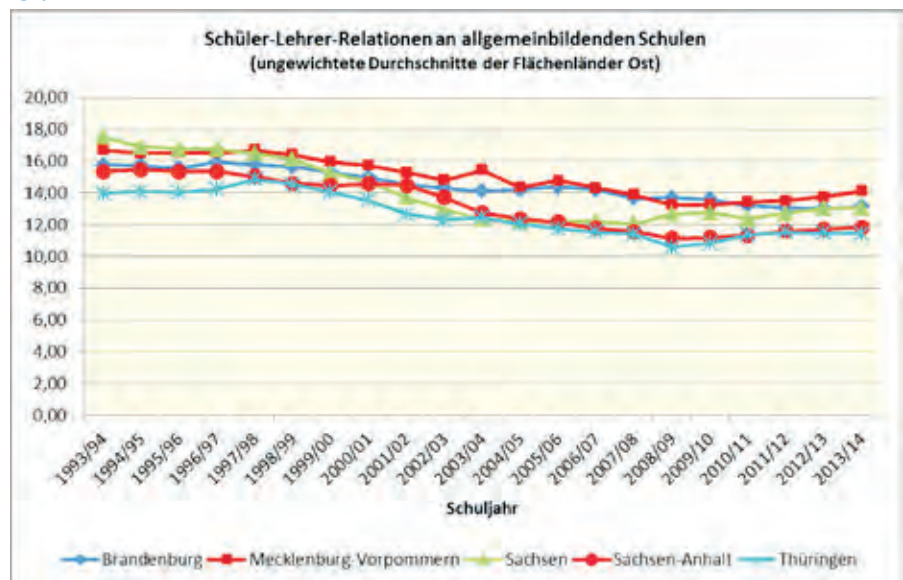
Die Grafik 5 zeigte bereits, dass alle ursprünglichen Zielmarken, die vom MF bisher für die Personalprognosen aus den Schüler-Lehrer-Relationen der Vergleichsländer abgeleitet wurden, überholt sind und deutlich nach oben korrigiert werden müssen. Lag der Durchschnitt der Schüler-Lehrer-Relation der Vergleichsgruppe der westlichen Flächenländer z.B. 2004 noch bei 16,75, so lag er 2013 nur noch bei 13,75 – mit weiterhin fallender Tendenz von derzeit etwa 0,3 Schülern je Lehrkraft pro Schuljahr. Damit ist auch die zuletzt im Abschlussbericht der IMAG vermittelte Prognose einer Schüler-Lehrer-Relation der Vergleichsländer im Jahr 2019 von 13,5, die seitdem die zentrale Planungsgrundlage für die Allgemeinbildenden Schulen ist, nicht mehr zu halten. Die bisherige Entwicklung lässt erwarten, dass die Schüler-Lehrer-Relation von 13,5 in den Vergleichsländern bereits im laufenden Jahr erreicht ist und danach unterschritten wird.

Nach den vorliegenden Daten und den entsprechenden vergleichenden Betrachtungen ergibt sich, dass ab dem Schuljahr 2015/16 kein Personalabbau an den Allgemeinbildenden Schulen mehr erfolgen darf, wenn nicht in der Folge ein „Ausstattungs-rückstand“ sowohl gegenüber den umliegenden östlichen Ländern als auch gegenüber den westlichen Flächenländern in Kauf genommen werden soll.

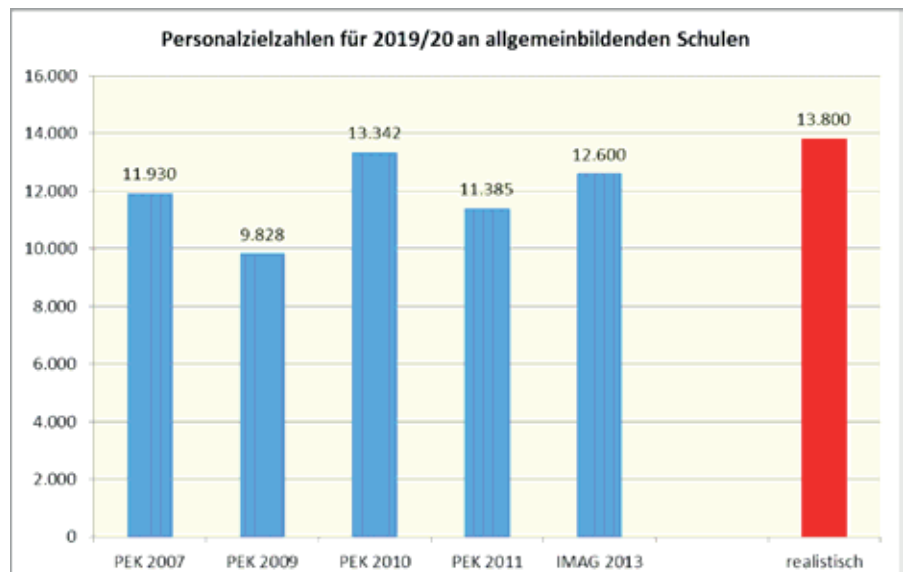
Grafik 3



Grafik 4



Grafik 5



Schuljahr 2015/16 im Vergleich zu 2014/15: GEW-Prognosen vollständig eingetreten

(EuW) Nachdem am Schuljahresbeginn durch die gezielten Desinformationen des Landesschulamtes und des Kultusministeriums ein verlässlicher Überblick über die tatsächliche Unterrichtsversorgung zum Schuljahresbeginn nicht möglich war, hat die Antwort des Kultusministeriums auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Hendrik Lange, DIE LINKE, (LT-Drs. 6/8925) vom 21.10.2015 jetzt mehr Informationen geliefert. Kurz zusammengefasst lautet die Botschaft: Die tatsächliche Unterrichtsversorgung beträgt 100,9 Prozent, und das auch nur deshalb, weil die Zuweisung insbesondere für die Sekundarschulen gesenkt wurde.

Gegenüber dem geforderten verfügbaren Arbeitsvermögen aus dem Schuljahr 2013/14 von ca. 14.350 VZLE fehlen derzeit 464 VZLE. Berücksichtigt man die um ca. 4.000 erhöhte Schülerzahl (2013/14 – 167.836), wofür mindestens 215 VZLE zusätzliches Arbeitsvermögen erforderlich sind, fehlen mindestens 680 VZLE, um etwa in den Verhältnissen von 2013/14 Unterricht gestalten zu können. Berücksichtigt man weiterhin die erhöhten Anforderungen durch den Umfang an Gemeinsamen Unterricht und durch inzwischen 3.500 Migranten mit Anspruch auf Deutschförderunterricht im Umfang von mindestens 120 VZLE, ergibt sich ein Defizit von mindestens 800 VZLE.

2014/15	2015/16	Differenz	
169.699	171.855	2.156	Die Schülerzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2.156 Schüler erhöht (entspricht + 1,3 %).
11.986	11.907	- 79	Der auf dieser Grundlage zugewiesene Unterrichtsbedarf wurde um 79 VZLE abgesenkt (entspricht - 0,75 %).
11.816	11.777	- 39	Der tatsächlich erteilte Unterricht hat sich um 39 VZLE verringert (entspricht - 0,3 %).
14.515	14.349	- 166	Die Anzahl der Stammlehrkräfte (ohne Freistellung der ATZ) hat sich um 166 verringert (entspricht - 1,1 %).
14.079	13.886	- 193	Das verfügbare Arbeitsvermögen (einschl. der Nichtstammlehrkräfte) hat sich um 193 VZLE verringert (entspricht - 1,4 %).
102,1 %	100,9 %	- 1,2 %	Die Unterrichtsversorgung hat sich um 1,2 Prozentpunkte verschlechtert.

Streitpunkt Unterrichtsversorgung: Eine ganze Schülergeneration negativ betroffen

(EuW) Im Zusammenhang mit den Protestaktionen von Eltern, Schülern und der GEW am 15. Oktober in Halle und Magdeburg und einer Flut von E-Mails an Abgeordnete der Regierungsfractionen von CDU und SPD, die die Besorgnis über die Folgen des Lehrkräftemangels zum Ausdruck brachten, wurde immer wieder seitens der Regierungsparteien beteuert, dass das Land nun auf einem guten Weg sei. Die GEW hat dazu eine deutlich andere Meinung, die sich wie folgt beschreiben lässt:

Weit unter 103 Prozent

Die Unterrichtsversorgung ist weit von den 103 Prozent entfernt. Nur ein sehr geringer Teil der Schulen kann so arbeiten. Deutlich mehr Schulen erreichen dagegen nicht einmal die 100 Prozent – und das, obwohl durch immer weitere „bedarfsmindernde Maßnahmen“ das schulische Angebot schon von vornherein reduziert wurde. In diesem Jahr werden den Schulen auf diese Weise etwa 200 VZLE (Vollzeitlehrereinheiten) vorenthalten. In den reichlich vier Jahren der jetzigen Verantwortung der SPD für das Kultusministerium sind es insgesamt schon etwa 500 VZLE, die den Schulen nicht mehr zur Ausgestaltung des schulischen Angebotes zur Verfügung gestellt werden. Nicht zu reden über die mehr als 400 VZLE, mit denen die Schulen viele Jahre lang sogenannte „Erweiterte schulische Angebote – ESA“ vorhalten konnten und die schon längst gestrichen wurden. Nicht eingerechnet sind die anhaltende Fehlsteuerung und die Unterausstattung beim Gemeinsamen Unterricht und die besonderen Herausforderungen durch die rasant steigende Zahl von Migrantenkindern. Das kommt zur schlechten Grundversorgung noch hinzu.

Überhaupt keine Hoffnung

Es besteht derzeit überhaupt keine Hoffnung, dass sich im laufenden Schuljahr noch viel ändern wird. Im Gegenteil, die übliche und zu befürchtende Krankheitswelle im November/Dezember steht ja erst noch bevor. Außerdem scheiden bis zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres weitere Lehrkräfte aus dem Schuldienst aus. Ein Teil der 265 Ausschreibungen, die zum Januar/Februar realisiert werden sollen, wird also allein dafür benötigt, um das Versorgungsniveau nicht noch weiter absinken zu lassen. Ein weiterer Teil wird benötigt, um die bis dahin weiter anwachsende Schülerschaft mit Unterricht zu versorgen (denn die weiteren Sprachlehrkräfte sind ja erst für den Sommer und damit für das nächste Schuljahr in Aussicht gestellt). Letztlich ist nicht klar, ob es gelingt, die 265 Stellen überhaupt alle zu besetzen. Alles in allem ist – selbst wenn alles realisiert werden kann – auch im 2. Schulhalbjahr 2015/16

nur mit einer marginalen Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu rechnen. Überwiegend kann lediglich verhindert werden, dass es im 2. Schulhalbjahr noch schlechter wird als im 1. Schulhalbjahr.

Probleme fangen erst richtig an

Damit sind die Probleme aber nicht beendet, sondern fangen erst richtig an. Denn für den Rest des Jahres stehen aus dem Einstellungskorridor 2016 dann nur noch 170 Stellen für die Neueinstellungen zum Schuljahreswechsel im Sommer 2016 zur Verfügung. Hinzu kommt zwar noch der Aufwuchs bei den Sprachlehrkräften von jetzt bis zu 125 auf dann bis zu 250 – also etwa 125 Sprachlehrkräfte zusätzlich – aber das sind zusammen auch nur etwa 300 Lehrkräfte für alles. Das ist schon weniger, als allein die Anzahl von Lehrkräften, die den Schuldienst bis zum Beginn des nächsten Schuljahres verlassen werden. Von den zu erwartenden bis zu 10.000 Migrantenkindern in den Schulen gar nicht zu reden. Wir können also jetzt schon davon ausgehen, dass im Sommer mindestens 500 Einstellungsmöglichkeiten fehlen werden. Dadurch würde allerdings nur in etwa das schlechte Niveau von diesem Schuljahr gehalten.

GEW bleibt hartnäckig

Bis das System wieder im Lot ist, werden mindestens acht bis zehn Jahre vergehen. Das ist eine ganze Schülergeneration, die durch die Lücken der Unterrichtsversorgung fällt. Deshalb ist die GEW so hartnäckig mit den Forderungen. Weil mit den begonnen Fehlern nicht wirklich gebrochen wird, sie sogar immer weiter fortgesetzt werden, ist die GEW auch wütend. Es pfeifen doch nun wirklich die Spatzen von allen Dächern, dass es mit der Lehrkräfteversorgung (und noch viel schlimmer bei deren Ausbildung) nicht so weitergehen kann, wie es bisher vom Personalentwicklungskonzept (PEK) vorgegeben wird. Die GEW wird nicht nachlassen, diese Wahrheiten in die Öffentlichkeit zu tragen, sie mit sozialen und politischen Bündnispartnern in Forderungen umzusetzen und auch in den Wahlkampf bringen.

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-isa.de, www.gew-isa.de
Vorsitzender: Thomas Lippmann
Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Rolf Hamm, Eberhard Heidecke, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (verantwortl.), Helgard Lange, Karin Legler, Alexander Pistorius

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zuzügl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 10 vom 1. Januar 2015; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: SW-Kommunikation, Eschenstr. 1A, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net

Grund- und Förderschulen: Beschäftigten Rückhalt geben

(EuW) Gemeinsam mit der Landesarbeitsgruppe Grundschulen organisierte der GEW-Vorstandsbereich Allgemeinbildende Schulen Ende September zwei regionale Fortbildungen für Beschäftigte aus Grund- und Förderschulen.

In Halle kamen mehr als 40 Kolleginnen und Kollegen der Einladung der GEW nach. Dort führte Kollegin Dany Hambach kurz in die Grundlagen der Haftung und Aufsicht ein. Danach wurden anhand eines umfangreichen Kataloges mit Fallbeispielen viele Fragen aus dem Schulalltag beantwortet und geklärt.

In Magdeburg fanden sogar fast 80 Teilnehmer den Weg ins Gewerkschaftsraum, um sich auf den neuesten Stand bringen zu lassen und mit diesem Rückhalt die tägliche Arbeit sicherer meistern zu können. Nachdem Kollege Jens Bierstedt einen Überblick über rechtliche und theoretische Aspekte gegeben hatte, stellte er gemeinsam mit den Kolleginnen Gerlinde Lüttich und Marlies Pahl zahlreiche Beispielfälle vor.

GEW-Stadtverband Halle: Im „Krug zum grünen Kranze“

„... da kehrt' ich durstig ein.“ – So lautete das Motto des diesjährigen Sommerfestes des GEW-Stadtverbandes Halle am 10. September in dem gleichnamigen Restaurant. Zünftig wurden die Gewerkschaftsmitglieder vom Blasorchester der KGS „Ulrich von Hutten“ empfangen. Zur Begrüßung gab es ein Glas Sekt und eine kurze Rede des Vorsitzenden des Stadtverbandes, Malte Gerken. Als Gäste wurden Johannes Krause vom DGB, Thomas Lippmann und die Abgeordneten Prof. Dr. Claudia Dalbert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Hendrik Lange (DIE LINKE) besonders herzlich begrüßt.

Anschließend erwartete uns Leckerer vom Grill, aus der Salatküche und aus den Bier- und Weinfässern des „Krug“. Viele interessante Gespräche wurden geführt, Bekanntschaften geknüpft und erneuert. Themen waren dabei sicher nicht nur die Erfolge der GEW im diesjährigen Tarifkampf. Zwischendurch sorgte die Irish Folk Band „die greenhorns“ für Stimmung und Bewegung im Saal. Ein gelungenes Fest, das hoffentlich im kommenden Jahr eine Neuauflage findet.

Karin Strecker

Kinder- und Jugendliteratur-Tipp: Vögel auf dem Kopf

Sandra Gobet; **Vögel auf dem Kopf**; Düren DIX LitLe 2015; 42 Seiten; ISBN: 978-3-941651-39-5; 11,00 €; Altersempfehlung: ab 6 Jahre

Der Vogel auf dem Kopf ist ein altes Sinnbild für etwas Störendes, Schuldhaftes. Von Martin Luther stammt die Aussage: „Ich kann nicht verhindern, dass Vögel über meinem Kopf fliegen, aber ich kann wohl verhindern, dass sie auf meinem Kopf ein Nest bauen.“

In Sandra Gobets neuem Erstlesebuch ist es hingegen ganz anders. Die Vögel auf den Köpfen der Menschen helfen ihnen bei ihren Alltagsangelegenheiten. Sie unterstützen bei Aufgaben und unterstreichen Charakterzüge. Sie sind freundschaftliche Gegenüber und wichtige Ergänzungen. Diese Allianz spielt Sandra Gobet an vielen einzelnen Personen durch. Mit konkreten Namen versehen sind sie Typen, und die Vögel unterstreichen diesen typisierten Charakter durch ihre Besonderheiten.

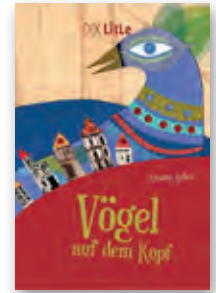
Eines Tages fangen die Menschen jedoch ohne erkennbaren Grund an, Käfige auf ihren Köpfen zu tragen. Die Vögel, nun in ihrer Freiheit beschnitten, gehen darin ein. Die Symbiose zerbricht. Nur wenige widersetzen sich dem.

Sandra Gobet spricht in ihrem Buch über die Freiheit und Eigenständigkeit. „Ich selbst sein“ heißt, das Leben zu leben, ohne durch ständige Selbstbegrenzungen die Individualität zu beschneiden. Der Charakter verkümmert, wenn er zu sehr in Ketten gelegt wird. Wer frei im Denken bleibt, behält sich einen natürlichen Standort im Leben.

Die gleichnisartige Geschichte ist stark aufgeladen mit moralischen Wertungen und poetischen Bildern, die in der Sprache zum Ausdruck kommen. Kurze Texte deuten geschickt an, was zwischen den Zeilen zu lesen ist. Typografisch exzellent wird in einer kunstvollen, aber unsten Schrift die disziplinarische Funktion der Sprache aufgebrochen. Herausragend korrespondieren damit auch die Bilder, die als Collagen bruchstückhaft das Erzählte aufnehmen, ebenfalls typisieren und in den Brüchen und Leerstellen Deutungsspielräume eröffnen. So entsteht eine fast körperliche Einheit aus Bild und Text, die dem Buch eine starke Eigenpräsenz vermittelt.

Fazit: Erstlesebücher müssen nicht trivial und unbeholfen sein, Kindern kann etwas geboten werden. Dieses Credo wird eindrücklich und ausgesprochen überzeugend im vorliegenden Buch realisiert.

Prof. Dr. Michael Ritter



Die GEW gratuliert im November

95 Jahre

Kurt Hartung, Dingelstedt

91 Jahre

Heinz Adam, Aschersleben

90 Jahre

Herbert Gille, Nachterstedt

89 Jahre

Joachim Schierhorn, Wernigerode

88 Jahre

Eberhard Heidecke, Magdeburg

87 Jahre

Dr. Joachim Grigoleit, Magdeburg

86 Jahre

Lilli Breit, Gerbstedt

Hans-Georg Badstübner, Bernburg

85 Jahre

Hartmut Merbach, Stendal

84 Jahre

Elfriede Schock, Dessau-Roßlau

82 Jahre

Herbert Appelt, Bad Dürrenberg

81 Jahre

Emmi Krüger, Havelberg

Elisabeth Losbach, Etingen

80 Jahre

Wolfgang Adler, Schönhausen

Helga Höfling, Halle

Joachim Surek, Weißenfels

79 Jahre

Renate Schild, Wolfen

Hannelore Kauder, Letzlingen

Rosmarie Schimmeyer, Halle

Hannelore Werner, Magdeburg

Christel Brecht, Harbke

Dieter Gerth, Köthen

Prof. Dr. Otfried Dankelmann, Halle

Edith Drauschke, Oschersleben

Brigitta Rey, Dessau-Roßlau

78 Jahre

Sybille Fischer, Quenstedt

Hildegard Ehrhardt, Hayn

Edith Heinrich, Derenburg

77 Jahre

Bärbel Peters, Köthen

Brunhilde Penzel, Bitterfeld

Roland Wagner, Wiedenstedt

Horst Raschke, Bleiche

Christa Gagelmann, Bismark

Walburga Filip, Aschersleben

Nanna Tschentke, Eisleben

Volker Puppe, Haldensleben

Christa Balke, Oschersleben

Elisabeth Dörfelt, Staßfurt

76 Jahre

Ingrid Lemke, Bismark

Dr. Dieter Sturm, Leuna

Christel Finke, Samswegen

Doris Heyer, Großkorbetha

Dr. Eberhard Kemnitz, Stendal

Margrit Rüprich, Halle

Wilfried Bahn, Aken

Wolfgang Paul, Gutenberg

Erika Hörning, Haldensleben

Edith Jäger, Zinna

75 Jahre

Marlis Löwel, Döllnitz

Anita Unger, Halberstadt

Karin Legler, Halle

Barbara Ratschke, Samswegen

Christel Müller, Harzgerode

Barbara Gurski, Halberstadt

Dr. Reinhard Kreckel, Halle

Wolfgang Kühnel, Merseburg

Eva-Maria Bihlmeyer, Kemberg

Gerd Dietzel, Langendorf

74 Jahre

Hanna Hoera, Osternienburger Land

Hella Schachtner-Meyer, Merseburg

Christine Herrmann, Halle

Annelies Bigotte, Dessau-Roßlau

Wolfgang Herbst, Magdeburg

Monika Grapenthin, Stößen

Rosemarie Helbig, Heiligenthal

Carola Löbcke, Hämerten

Bernd Fuchs, Lieskau

Karin Hentze, Blankenburg

Hella Jügler, Thalwinkel

Renate Olsen, Peissen

73 Jahre

Monika Mettner, Ivenrode

72 Jahre

Doris Krebs, Magdeburg

Christel Fichtner, Stendal

Lieselotte Zibula, Herford

Sigrid Thrömer, Merseburg

Karl-Heinz Endler, Sandersdorf

Sieglinde Krause, Bernburg

Ines Wedig, Burg

Annemarie Kunz, Blösen

Annerose Tarnath, Burgwerben

Sigrun Endler, Sandersdorf

Alfreda Wedmann, Salsitz

Christine Porsche, Kliezt

71 Jahre

Regina Peters, Haldensleben

Wolfgang Brandt, Wimmelburg

Gudrun Zieger, Dessau-Roßlau

Brigitte Schiller, Aschersleben

Verena Fischer, Havelberg

Brigitte Rust, Aschersleben

Bärbel Zimmermann, Weißenfels

Margarete Steinhauer, Burg

Ursula Osterland, Uenglingen

Ingrid Schubert, Wittenberg

Ursula Hanke, Magdeburg

70 Jahre

Christa Steinborn, Mechnich

Marlis Becker, Wengelsdorf

Monika Bachmann, Genthin

Margit Isenberg, Mieste

Heide Kruse, Staßfurt

Lieselotte Mayer, Bernburg

Hanna Petzold, Halle

Renate Hentsch, Endorf

Ingeborg Gille, Brunau

